

länger gemeinsam lernen

Unabhängige rheinland-pfälzische Initiative EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V.

Stellungnahme der unabhängigen rheinland-pfälzischen Initiative "EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V." zur Fortschreibung der Schulbaurichtlinie

Sehr geehrte Frau Vinzelberg,

unser Verein "Eine Schule für Alle" wurde eingeladen, zu den Entwürfen FöSchO und InSchO eine Stellungnahme abzugeben. Wir haben dieses Angebot dankbar angenommen. Unsere Stellungnahme haben Sie erhalten.

Nun wird ebenfalls die Schulbaurichtlinie fortgeschrieben. Hier wurden wir leider nicht zu einer Stellungnahme gebeten, was sicherlich nicht absichtlich geschah.

Das gemeinsame Ziel, rechtlich verbindlich und in der Schulordnung festgeschrieben, das sowohl die Landespolitik wie auch unsere rheinland-pfälzische Initiative anstrebt, nämlich unser Schulsystem zu einem inklusiven Schulsystem zu transformieren, war für uns Notwendigkeit genug, Ihnen diese kurze Stellungnahme zukommen zu lassen.

In den vergangenen 13 Jahren, der Gültigkeit der momentanen Schulbaurichtlinie, ist in etlichen Studien nachgewiesen worden, welche individuellen und gesellschaftlichen Schäden unser gegliedertes Schulsystem verursacht. Auch der rheinland-pfälzische Sonderweg hin zu einem inklusiven Schulsystem durch eine weitere Schulart, die Schwerpunktschule, wurde ad absurdum geführt (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) 2021).

Umso erstaunlicher ist, dass diese wissenschaftlichen Erkenntnisse keinen Eingang in den jetzigen Entwurf gefunden haben. Er ist vielmehr eine bauliche Manifestierung des gegliederten Schulsystems. Nicht nur bleiben im Flächenprogramm die Unterschiede zwischen den einzelnen Schularten bestehen. Es wird auch nur dann ein sogenannter Inklusionszuschlag gewährt, wenn sich eine Schule auf den Weg macht, inklusiv zu werden. Wann tut sie das? Wenn die Schule schon gebaut ist?

Wir fordern deshalb, dass alle neu zu bauenden Schulen und Umbauten per se inklusiv ausgestattet werden im Sinne der zusätzlichen Fläche und der Barrierefreiheit, sowie

behindertenspezifisch für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen und besonderen Bedürfnissen für Schülerinnen und Schüler mit herausforderndem Verhalten oder Autismus-Spektrum-Störung. Die Transformation in ein inklusives Schulsystem kann nur gelingen, wenn – neben der finanziellen und personellen Ausstattung – die infrastrukturellen, also baulichen Voraussetzungen vorhanden sind.

Wir fordern, dass nach der Phase 0, die vom PL begleitet wird, weiterhin eine Beratung durch das PL bereitgestellt wird, die die nachhaltige Entwicklung des pädagogischen Konzeptes begleitet, evaluiert und weiterentwickelt.

Wir fordern, dass der Rechtsanspruch auf den Besuch einer Ganztagsschule auch in den baulichen Möglichkeiten vorausgedacht wird.

Wir fordern, dass wachsende Schülerzahlen (steigende Zahl durch Zuwanderung nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine) vorausgedacht und Flächen entsprechend vorausschauend geplant werden (einige Umbauten sind bereits bei der Fertigstellung zu klein).

Inklusion bedeutet, dass wir die Bedürfnisse **aller** Schülerinnen und Schüler im Blick haben und für alle bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen und nicht nur auf bestimmte Schülergruppen achten. Dies erfordert einen zukunftsorientierten Blick, der sich der Vision nähert, dass alle Schülerinnen und Schüler gleich gute Bedingungen des Lernens erhalten, keine Unterschiede zwischen einzelnen Schulformen gemacht werden, sondern endlich **Eine Schule für Alle** die beste Schulform für **Alle** sein kann.

Kaiserslautern, den 11.08.2023

Mit freundlichen Grüßen

Für die Unabhängige rheinland-pfälzische Initiative EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V.

Hans-Dieter Leonhardt (Mitglied des Vorstands)